

Im Frühjahr 1939 bahnte sich durch die Vermittlung von Mosler auch die persönliche Bekanntschaft zwischen Abs und Funk an.¹³⁰⁾ Sie sollte die ganzen Kriegsjahre überdauern und sich immer stärker zu einer engeren Zusammenarbeit entwickeln.¹³¹⁾ Abs versäumte in diesen Jahren keine Einladung zu offiziellen Beratungen, internen Gesprächen, Bierabenden oder gar zu „Fahnenappellen zum Tag der Bewegung“, wenn sie von Funk ausging.¹³²⁾ Er leistete auch jeder Einladung zu Beirats- oder Ausschußsitzungen der Deutschen Reichsbank pünktlich Folge.¹³³⁾ Auf diesen Sitzungen — deren stenografische Protokolle erhalten sind — war Abs stets bemüht, den Vorschlägen von Funk für die Dirigierung der Wirtschaftsentwicklung die gewünschte Richtung zu geben. Mit großem Geschick verstand er es, sie zu präzisieren und sachkundig zu ergänzen.¹³⁴⁾ Als im Spätsommer 1939 die intensiv betriebenen Vorbereitungen auf eine militärische Aggression soweit abgeschlossen waren, daß sie nur noch ausgelöst zu werden brauchte, befanden sich in der Hand von Hermann Josef Abs entscheidende industrielle, finanztechnische und wirtschaftspolitische Schalthebel, mit denen er großen Einfluß auf die weitere Entwicklung ausüben konnte.¹³⁵⁾

Marianne Regensburger

Der „Berlinische Unwille“

I

Setzen wir die Tatsachen über den letzten großen Ausbruch des „Berlinischen Unwillens“ (Name eines obskuren Aufstandes im fünfzehnten Jahrhundert in einer obskuren Stadt namens Berlin) als bekannt voraus, der am 2. Juni im Tod des Studenten Benno Ohnesorg seinen Höhepunkt erreichte — obgleich das so selbstverständlich nicht ist nach allem, was von den zuständigen Stellen zu ihrer Verschleierung unternommen wurde. Setzen wir die Tatsachen als bekannt vor-

130) ADB Nr. 5960 Bd. 8; am 7. 2. 1939 sendet Mosler an Abs einen handschriftlichen Zettel, daß sich Abs mit Funk in Verbindung setzen möge, um vor seiner USA-Reise mit Funk alle Probleme zu besprechen.

131) ADB Nr. 5960 Bd. 8, Einladungen von W. Funk an H. J. Abs; bemerkenswert ist u. a. eine Einladung von Funk an Abs vom 18. 1. 1940 zu einem „geselligen Beisammensein“ am 2. 2. 1940. Neben Abs waren u. a. auch Karl Blessing, Wilhelm Zangen (Generaldirektor der Mannesmann-Röhrenwerke, Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank), der Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk und Hans Fischböck eingeladen.

132) ADB Nr. 5960 Bd. 8 und Nr. A 1 Bd. 16 Privatkorrespondenz von H. J. Abs; in beiden Aktenbänden befinden sich zahlreiche Einladungen verschiedener Reichsminister an H. J. Abs. Aus den Antwortschreiben von H. J. Abs ist ersichtlich, daß er bis 1945 an mindestens 28 Aussprachen mit W. Funk teilgenommen hat.

133) ADB Nr. 5960 Bde. 12, 16 und 20.

134) ADB Nr. 5960 Bd. 17; hier befinden sich alle stenographischen Protokolle des Beirates und der Ausschußsitzungen, die als „streng geheimes“ Material galten.

135) ADB Nr. 5960 Bd. 17, Protokoll der Beiratssitzung vom 26. 10. 1939, Protokoll der Geheimsitzung des Außenhandelsausschusses vom 19. 12. 1939, auf der über die Funktion des Außenhandels für die deutsche Kriegswirtschaft beraten wurde.

DER „BERLINISCHE UNWILLE“

aus, so bleibt noch immer die Frage, wo eine Analyse der Ursachen dieses Unwillens anzusetzen hat. Mit der Universität steht es nirgends in der Bundesrepublik zum besten — warum also dieser Ausbruch, der der erste nicht war, gerade in Berlin? Es dürfte sich um einen Aspekt der deutschen Frage handeln, und zwar derart, daß in Berlin angesichts direkter Konfrontation besonders deutlich sichtbar wird, was Mißstand und Unehrllichkeit ist in beiden Deutschland. Das heißt: beide Gesellschaften werden vor der eigenen Bevölkerung und dem deutschen Gegenüber jeweils so dargestellt, als sei im Bestehenden bereits erreicht, was jede als Ziel ausgibt:

Hier: parlamentarische Demokratie, in der — nach ihren Spielregeln — Regierung und Opposition als Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Konflikte funktionieren, in der Menschen- und Bürgerrechte einigermaßen gesichert sind und in der die Begriffe Freiheit und Gleichheit nicht zynisch als Antikommunismus und Beschwichtigungsformel angesichts realer Ungleichheit verstanden werden. Dort: Sozialismus als Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, beziehungsweise als Überwindung des Gegensatzes zwischen Herrschenden und Beherrschten.

So wird das zu Erreichende als Erreichtes proklamiert. Dabei verwandelt es sich unversehens vom Telos zum Besitzstand, vom politischen Zukunftsziel zum Propagandainhalt der Gegenwart. Es wird das Ende vor den Anfang gesetzt und der legitime Wunsch nach Verbesserung des Bestehenden wird — als illegaler Versuch, „unsere freiheitliche Demokratie zu revolutionieren“ oder „unsere sozialistische Gesellschaftsordnung an den Klassenfeind auszuliefern“ — Ausgangspunkt institutioneller Verfestigungen und Rechtfertigung von Unterdrückung. In Berlin kann man nicht umhin, zur Kenntnis zu nehmen, wie allwochentäglich die Deutschen (West) den Splitter im Auge der Deutschen (Ost) zum Balken deklarieren — und umgekehrt. Doch interessiert im folgenden nur die Auswirkung dieser Konfrontation auf den westlichen Teil der Stadt, wo eine neue Generation, des ritualisierten Geredes von Freiheit müde, auf Rechten besteht, die man ihr vorzuenthalten versucht.

II

Das Establishment steht in Berlin — wie in der Bundesrepublik — der Tatsache, daß Demokratie im ständigen Versuch besteht, alle Bereiche der Gesellschaft immer weiter zu demokratisieren, mit totalem Unverständnis gegenüber. Die, die ihm angehören, verstehen Demokratie nicht als Prozeß, sondern als Zustand. So erstarrt sie zur bloßen Form, die jede inhaltliche Veränderung als Bedrohung abwehren muß.

Den Studenten, die man besonders seit dem 13. August 1961 aufforderte, nach Berlin zu kommen — ein Appell, der so offensichtlich politisch war, daß man bis heute nicht versucht hat, diese Tatsache abzuleugnen —, verübelt man seit langem, daß sie diese Binsenweisheiten über Demokratie nicht nur andachtsvoll zur Kenntnis nehmen, sondern praktisch anzuwenden versuchen. Nicht zufällig ist in den vergangenen Wochen in der Presse behauptet worden, daß die „Rädelsführer“ bei studentischen Protestaktionen ausschließlich aus Angehörigen der „geisteswissenschaftlichen“ Fakultäten sich rekrutierten, womit in erster Linie die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen gemeint sind, die „Modewissenschaften“ Politologie und Soziologie vor allem. Das Otto-Suhr-Institut

sah sich schon vor längerer Zeit genötigt, eigens eine Pressekonferenz einzuberufen, um nachzuweisen, daß die Behauptung nicht zutreffe, die Mehrzahl der „Unruhestifter“ seien Institutsangehörige. Irgendwelche Folgen für die „veröffentliche Meinung“ hatte dieser Aufklärungsversuch übrigens nicht, und es dürfte kaum ein Fehlschluß sein, wenn man behauptet, daß das auch für die nicht-öffentliche Meinung der die veröffentliche Konsumierenden zutrifft. Den Studenten sowie den mit ihnen Sympathisierenden nimmt man übel, daß sie die Erkenntnis sozialer Widersprüche und das Bewußtsein der eigenen sozialen Lage (innerhalb der Universität) nicht schweigend akzeptieren, sondern durch mannigfache Protestaktionen der Öffentlichkeit ins Bewußtsein rücken.

Das ist in Berlin in der Tat besonders gefährlich, denn der das Bewußtsein der eigenen sozialen Lage und gesellschaftlicher Konflikte überhaupt überdeckende Wohlstand kam später in die Stadt als anderswohin, und seine Gefährdung ist hier schneller fühlbar geworden als anderswo.

III

Die Studenten haben durch ihre Demonstrationen und Aktionen Tabus verletzt. Sie erklärten sich solidarisch nicht nur mit den offiziell zugelassenen Unterdrückten „jenseits von Mauer und Stacheldraht“, sondern mit jenen der Dritten Welt, womit sie zugleich der heiligen Kuh mit dem Namen Entwicklungshilfe gefährlich nahe traten.

Doch schlimmer noch: sie richteten nach den Polizei-Ausschreitungen vom 2. Juni einen Solidaritätsappell an die organisierte Arbeiterschaft Berlins. Das traf das Establishment, soweit es sich um Mitglieder der SPD und Gewerkschaftsfunktionäre handelt, besonders hart und rief die entsprechende Reaktion hervor. Obgleich jener Appell nur Tatsachen enthielt, die in den nächsten Tagen auch von den zuständigen Stellen zugegeben werden mußten, die sie von Anfang an gewußt haben müssen, auch wenn sie auf Fehlinformationen sich herauszureden versuchten, gab der Landesvorsitzende des DGB Sickert — zugleich Vorsitzender des Abgeordnetenhauses — eine Gegenerklärung heraus, in der er behauptete, der AStA der Freien Universität versuche in unverantwortlicher Weise, die Arbeiterschaft gegen die Polizei aufzuhetzen. Auch sei die „Unverantwortlichkeit des AStA“, womit wohl mangelndes Verantwortungsbewußtsein gemeint war, daran zu ermesen, daß er die Berliner Arbeiterschaft unter Anspielung auf die Berliner Wirtschaftslage zum Demonstrieren verlocken wolle, obgleich doch die Wirtschaftslage der Stadt in keinem Zusammenhang mit den Ereignissen des 2. Juni stehe. Schließlich bat Sickert die Gewerkschafter Berlins, sich „nicht vor den Karren einer anarchistischen studentischen Minderheit spannen zu lassen“, und endlich versicherte er, wenn die Verhältnisse es erforderten, werde der „Vorstand des DGB-Berlin in wohlüberlegter Weise Aktionen beschließen und der Arbeitnehmerschaft zur Durchführung empfehlen“. Dieser Aufruf enthält paradigmatisch fast alles, was zur Erhellung der gesellschaftlichen Lage und ihres Verständnisses notwendig ist.

Auf den mangelnden Wahrheitsgehalt der Erklärung bezüglich der Schuld der Demonstranten usw., der bald so offen zutage trat, daß sie als „Privatmeinung“ des DGB-Landesvorsitzenden und Präsidenten des Abgeordnetenhauses nachträglich qualifiziert werden mußte, braucht man nicht einzugehen. Weit interessanter

ist der Versuch, den Bezug zwischen der schlechten Wirtschaftslage Berlins und der Unruhe an der Freien Universität zu leugnen. Tatsächlich ist dieser Bezug kompliziert, aber doch nicht undurchschaubar. Die Studenten, ausgehend von den Verhältnissen an der Universität, die sie demokratisieren wollen, sind davon überzeugt, daß die Universität als demokratische Oase in einer Gesellschaft, die gekennzeichnet ist durch „autoritäre Aversion gegen Konflikte“ (Dahrendorf), nicht lange sich behaupten könnte. Deshalb richten ihre Demokratisierungsbestrebungen über die Universität hinaus sich auf die Gesamtgesellschaft — schon aus Gründen der Selbsterhaltung. Die Studenten rechnen weiter damit — nicht zu Unrecht —, daß die durch den relativen Wohlstand des Jahrzehntes von 1955 bis 1965 bedingte Unlust der Arbeiterschaft, sich über einen zum Ritual erstarrten Antikommunismus hinaus politisch zu engagieren, in dem Augenblick ein Ende findet, in dem den Arbeitern die Unsicherheit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Existenz wieder bewußt wird. Dieser Prozeß der Bewußtwerdung ist in Berlin zweifellos im Gang, und die Studenten sind nicht unbeteiligt daran, daß es so ist. So bleibt dem Establishment nur zu versuchen, die Formierung eines Gegenestablishments so lange wie möglich zu verhindern. Also leugnet man alle Tatsachen, die diesen Formierungsprozeß begünstigen könnten, und versucht Solidaritätsgefühle schon im Ansatz zu ersticken — Brüderlichkeit war in patriarchalisch-autoritären Gesellschaften schon immer suspekt.

Man tut also so, als habe es das in der deutschen Geschichte noch nie gegeben — oder doch nur am 17. Juni 1953 in der sogenannten Zone: daß Polizei demonstrierende Arbeiter niederknüppelte. Polizei schlägt nur „anarchistische Minderheiten“. (Auf das Problem der Minderheit soll gleich noch eingegangen werden.) Die anarchistischen Minderheiten aber wollen die Arbeiter doch nur ausnutzen für ihre eigenen Ziele, „vor einen Karren spannen“, der der ihre nicht ist. Die Interessen der Arbeiter dagegen, die sich vielfach der sozialen Distanz zur Universität sehr bewußt sind, die zu überwinden die Bundesrepublik seit 1945 sich kaum bemüht hat, werden vom Vorstand des DGB in „wohlüberlegter Weise“ wahrgenommen. Aktionen werden vom Vorstand beschlossen und „zur Durchführung empfohlen“. Dieses an sich unwichtige Dokument entlarvt die soziale Realität, die es leugnet. Nur ein Vorstand, nicht sie selbst, können die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, wobei „wahrnehmen“ einen gefährlichen Doppelsinn hat, der dem Vorstand allerdings entgangen sein dürfte. Die Wahrnehmung, die mit Kenntnis der Tatsachen zu tun hat, ist nämlich den Arbeitern vielfach wirklich versagt, denn, daß Öffentlichkeit aller das Gemeinwesen und seine Glieder betreffenden Angelegenheiten ein Wesenselement der Demokratie ist, hat man längst vergessen. „Wohlüberlegt wahrnehmen“ schon gar kann nur eine Autortät, die auch dadurch nicht berührt wird, daß — angesichts von Massenentlassungen und Werksauslagerungen — der selbstverliebene Lorbeer sich als welches Gemüse erweist. Aktionen beschließen kann gleichfalls nur ein Vorstand, wenn er auch auf das demokratische Feigenblatt der Durchführungsempfehlung nicht verzichten mag. Selten bekommt man den Zusammenhang zwischen autoritärem Verhalten und dem Wunsch, die es bedingende Unmündigkeit der Gegängelten zu perpetuieren, so kurz und bündig präsentiert.

IV

Der Begriff „Minderheit“ spielt in den öffentlichen Auseinandersetzungen eine für das gegenwärtige soziale Klima und die Mentalität derer, die ihn unentwegt im Munde führen, kennzeichnende Rolle. Eine kleine radikale Minderheit, heißt

es, terrorisiere die brave Mehrheit der Studenten, die Universität, die Stadt. Nun geht es weniger darum, ob das zutrifft, obgleich einiges dagegen spricht, sondern darum, wie man sich zu dieser Minderheit stellt.

Die Studenten von Berlin müssen gegenwärtig im bundesrepublikanischen juste milieu des zweiten Nachkrieges eine Rolle spielen, für die seit langem ständig wechselnde Träger gesucht und gefunden wurden. Immer, gilt es festzuhalten, handelt es sich um eine Minderheit. Die Rollenträger wurden mit unterschiedlichen Namen belegt, doch blieb die Art, wie man sich zu ihnen stellte, dieselbe. In den fünfziger Jahren waren es die „Nonkonformisten“. Ihnen folgten —terminologisch — die Linksintellektuellen, unter diesen wieder ausgesondert die Gruppe 47, dann waren die „Massenmedien“, beziehungsweise die, die dort angeblich das Heft in der Hand hatten, an der Reihe. Nun sind es die Studenten, eine Minderheit natürlich nur. Im Zusammenhang mit ihnen lassen sich nolens volens gewisse Stereotypen in die Anti-Haltung mischen, die sie noch verabscheuungswürdiger machen, als sie es als Störer von Ruhe und Ordnung ohnehin schon sind. Im größten bundesrepublikanischen Boulevard-Blatt war im Zusammenhang mit den jüngsten Demonstrationen von einigen Herren „in vergammelter Kleidung“ die Rede. Ein bekannter Journalist schrieb unlängst in einer renommierten Tageszeitung, die protestierenden Studenten entwickelten eine Art akademischen Gamlertums. Es geht die Rede von denen, die weder arbeiteten noch studierten, sondern vom Geld der Steuerzahler lebten. Motive werden sichtbar: Es handelt sich bei dieser Minderheit um Leute, die schmutzig sind und parasitär, nämlich vom Geld anderer Leute leben.

In den ersten zwei Tagen nach dem Tod von Benno Ohnesorg, als man mancherorts noch hoffte, es werde gelingen, alles zu vertuschen, tauchte in drei Berliner Zeitungen die gleiche Forderung auf, wie mit der Minderheit zu verfahren sei. Die „Bildzeitung“ verlangte unter Berufung auf eine Äußerung des Münchener Polizeipräsidenten: „abschieben“. Die „Berliner Morgenpost“ forderte die Bevölkerung auf, sie solle die Krawall-Radikalen „zum Tempel hinausjagen“. Die „BZ“ schrieb von „Fremden“ (sie meinte die Nichtberliner unter den Studenten), die am Aufbau der Stadt nicht teilgenommen hätten, nannte die Demonstrationen kriminell und die Demonstranten Verletzer von Sitte und Anstand und stellte den so Beschimpften die anständigen arbeitsamen Bürger der Stadt gegenüber, fettgedruckt proklamierend: „Ihnen gehört die Stadt. Ihnen ganz allein.“ Alle drei Zeitungen übrigens gehören zum Springer-Konzern. Man geht kaum fehl, wenn man hier ein Deportationsmotiv vermutet.

Es ist unübersehbar, daß dieser Anti-Affekt — es ließen weitere Motive sich mühelos aufzeigen — der salonfähige und vom Establishment gebilligte, wenn auch nicht verstandene Zufluchtsort eines seines Objektes weitgehend beraubten Antisemitismus ist. Die Studenten, beziehungsweise eine Minderheit von ihnen, von denen sich zu distanzieren man die anderen unermüdlich auffordert, damit nicht alle mit jenen identifiziert würden — wie man sagt —, wobei aber auch ans Tragen der Folgen gedacht ist, sind im Begriff, die gesellschaftliche Rolle der Minderheit par excellence zu übernehmen: die der Juden.

Das ist nicht so sehr die Schuld einzelner, obgleich die verspäteten Versuche, einiges wiedergutzumachen, nicht als exkulpierend verstanden werden sollten, denn sie entspringen zumeist nicht der Einsicht, sondern der Angst. Verantwortlich für die Existenz dieser Affekte ist die nicht vollzogene Beseitigung der

Bedingungen, die in der Gesellschaft und ihren einzelnen Gliedern diesen verheerenden Anti-Affekt reproduzieren.

V

Die geprügelten Studenten vor der Deutschen Oper zu Berlin waren das erste weithin sichtbare Opfer der Entwicklung, die in der Bundesrepublik zur Großen Koalition geführt hat. Doch ist die Große Koalition nur ein Endpunkt auf dem Weg in die „autoritäre Demokratie“, zu deren Merkmalen gehört, daß sie radikale Alternativen ausschließt und radikalen Minderheiten jeden politischen Einfluß verwehrt (Pirker). Da jedoch solche Minderheiten nie ganz integriert werden können und da niemals alle politisch Aktiven und Engagierten bereit sind, nur noch taktisch zu denken und zu handeln, ist der Ansatz zur Radikalisierung der Minderheit gegeben, die dann radikale Reaktionen hervorruft und so zur Radikalisierung des politischen Lebens überhaupt führt. Wo Opposition systemintern nicht mehr möglich ist, muß sie außerhalb des Systems ihren Standort suchen. Sie wird sich dabei kaum noch an die Spielregeln des Systems halten, das sie ausgestoßen hat. Hier droht die Gefahr der Gewalt. Selbst eine Opposition, die der Gewaltlosigkeit sich verschrieb, würde dem Ausbruch von Gewalt nicht wehren können, denn ein System, das der Opposition institutionell eine Absage erteilt hat — um irgendeiner konfliktlosen Einheit willen, wie fiktiv sie auch sein mag —, kann sie „außerhalb“ erst recht auf die Dauer nicht dulden.

Die Große Koalition, beziehungsweise die SPD, die sie erstrebte und ermöglichte, macht die trotz aller offiziellen Einheitseuphorie weiterbestehende Opposition erst zu dem, als das sie dann verketzert wird: zur außerparlamentarischen. So muß die SPD die Opposition von links wie ihr schlechtes Gewissen unterdrücken und als ihrem schlechten Gewissen ihrer Unterdrückung zustimmen — eines Tages um der Erhaltung der Großen Koalition willen. Die Berliner Erfahrung scheint nichts gefruchtet zu haben. Hier wie in der Bundesrepublik steuert das Establishment trotz zweifellos echter Betroffenheit angesichts der Gewalttätigkeiten uneinsichtig auf weiteren Abbau demokratischer Institutionen hin. Mißtrauen gegenüber einem Machtzuwachs der Exekutive, Skepsis gegenüber ihrer Wahrheitsliebe im Falle jeglichen Ausnahmezustandes werden als böser Wille oder Naivität abgetan. Angesichts des fassungslosen Staunens über die Folgen zurückliegender Fehlhaltungen und Fehlleistungen ist auch für die Zukunft Schlimmes zu befürchten.

Knut Nevermann

Zum Selbstverständnis der Studentenvertretung

Der brutale Anschlag der Berliner Polizei am 2. Juni 1967 vor der Deutschen Oper in Berlin gegen eine demonstrierende nonkonformistische Minderheit und die Haltung der politischen Führung haben auch einer weiteren Öffentlichkeit klar-